

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Gunnar Lindemann und Thorsten Weiß (AfD)

vom 26. Februar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Februar 2026)

zum Thema:

Abschiebungshaft in Berlin 2025

und **Antwort** vom 13. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. März 2026)

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AFD) und
Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25359
vom 26. Februar 2026
über Abschiebungshaft in Berlin 2025

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Plätze für Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam stehen aktuell im Land Berlin zur Verfügung? Bitte nach Standorten aufschlüsseln. Wie viele dieser Plätze sind vollumfänglich verfassungskonform (insbesondere Trennungsgebot, Unterbringungsstandard)? Wie viele Plätze sind ausschließlich für Gefährder oder anderen hochgefährlichen ausreisepflichtigen Personen (z.B. Terroristen) vorgesehen?

Zu 1.:

Das Land Berlin verfügt über eine „Abschiebungshafteinrichtung für Gefährder in Berlin – AHEG BE“ mit insgesamt zehn Abschiebungshaftplätzen. Alle diese Plätze sind verfassungskonform und grundsätzlich für alle Abschiebungshäftlinge vorgesehen, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, unabhängig davon, ob es sich um Gefährder handelt.

2. Wie viele Personen waren im Kalenderjahr 2025 in Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam untergebracht? Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Art/Anlass und Dauer.

Zu 2.:

Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung liegt dem Senat für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis zum 02.12.2025 nicht vor. Die AHEG BE stand aufgrund von Baumaßnahmen bis zum 24. November 2025 nicht zur Verfügung. Seit der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft der AHEG BE waren insgesamt elf Personen in Abschiebungshaft untergebracht. Die Art bzw. der Anlass wurden und werden statistisch nicht erfasst. Die Aufschlüsselung nach Monaten und Dauer ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Monat	Anzahl/Dauer
Dezember	3 Personen je 1 Tag 1 Person für 2 Tage 1 Person für 9 Tage 1 Person für 10 Tage 1 Person für 23 Tage 1 Person für 33 Tage 1 Person für 34 Tage 1 Person für 42 Tage 1 Person für 45 Tage

Quelle: interne Datenerfassung Polizeidirektion Zentrale Sonderdienste,
Stand 2. März 2026

3. Wie viele der in Frage 2. genannten Personen wurden im Kalenderjahr 2025 abgeschoben oder überstellt?
Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Art/Anlass, Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen und Zielland/Herkunftsland. Bitte auch um Darstellung des prozentualen Anteils an allen Abschiebungen.

Zu 3.:

Die Rückführungsstatistik des Landesamtes für Einwanderung (LEA) orientiert sich an den Herkunftsstaaten (= Staatsangehörigkeit) der Ausreisepflichtigen und erfasst alle Rückführungen, die in Berliner Zuständigkeit erfolgen. Die Rückführungen werden in die Herkunftsstaaten selbst, in die nach der Dublin-III-Verordnung für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen EU-Mitgliedstaaten und in Drittstaaten, die zur Übernahme der Ausreisepflichtigen verpflichtet oder bereit sind, vollzogen. Eine statistische Erfassung nach Zielländern der Rückführungen und Überstellungen erfolgt nicht.

Die im Jahr 2025 aus Abschiebungshaft erfolgten Rückführungen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Insgesamt wurden im Jahr 2025 1670 Personen in der Zuständigkeit Berlins abgeschoben. Der Anteil der aus Abschiebungshaft vollzogenen Abschiebungen lag dabei bei 1,74 Prozent.

Rückführungen aus Abschiebungshaft 2025		
Monat	Staatsangehörigkeit	Rückführung
Januar		0
Februar		
	Algerien	1
	Moldau	1
	Polen	1
März		
	Türkei	1
April		
	Bosnien/Herzegowina	1
Mai		0

Juni		0
Juli		0
	Polen	2
	Türkei	1
	Bulgarien	1
	ungeklärt	1
August		
	Irak	1
	Syrien (in Drittstaat oder Dublin-III-VO)	1
September		
	Georgien	1
	Polen	2
Oktober		
	Bulgarien	1
	Moldau	1
	Polen	1
	Russische Föderation	1
November		
	Moldau	2
	Polen	2
Dezember		
	Serbien	1
	Polen	2
	Algerien	2
	Vietnam	1
insgesamt		29

(Quelle: Auswertung Rückführungsstatistik LEA, Stand 31.12.2025)

Rückführungen aus dem Ausreisegewahrsam sind nicht erfolgt. Weitere statistische Erhebungen im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

4. Wie viele der in Frage 2. genannten Personen wurden im Kalenderjahr 2025 entlassen, ohne dass es zur Abschiebung/Überstellung kam? Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Art/Anlass, Grund und Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen.

Zu 4.:

Keine der unter Frage 2 genannten Personen wurden aus der AHEG BE entlassen, ohne dass es zu einer Abschiebung oder Überstellung kam.

5. Bei wie vielen der in Frage 2. genannten Personen scheiterte im Kalenderjahr 2025 eine beabsichtigte Abschiebung/Überstellung wegen fehlender Reisedokumente oder nicht erfolgter Passersatzpapier-Beschaffung? Bitte auch um Darstellung des prozentualen Anteils an der Gesamtzahl der geplanten Abschiebungen.

Zu 5.:

Eine statistische Erhebung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 4 verwiesen.

6. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten der Abschiebung der in Frage 2. genannten Personen im Kalenderjahr 2025? Bitte auch um gesonderte Darstellung für Gefährder/Terroristen.

Zu 6.:

Eine valide Bezifferung der erfragten Kosten ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da die für die Kostenermittlung benötigten Rechnungsrückläufe von Abschiebungen bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen können.

7. Bei wie vielen der in Frage 2. genannten Personen kam es im Kalenderjahr 2025 zu Charterflügen? Bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Grund und Kosten.

Zu 7.:

Eine statistische Erhebung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

8. Wie viele Personen wurden zum Stichtag 31.12.2025 im Land Berlin als Gefährder geführt? Bitte aufschlüsseln nach PMK-Zuordnung/Phänomenbereich. Wie viele davon hatten eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit?

Zu 8.:

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – links:

Die Anzahl der Gefährder lag im mittleren einstelligen Bereich. Davon besaß keine Person eine ausländische Staatsangehörigkeit.

PMK – rechts:

Die Anzahl der Gefährder lag im mittleren einstelligen Bereich. Davon besaß eine Person eine ausländische Staatsangehörigkeit.

PMK – religiöse Ideologie (Islamismus):

Die Anzahl der Gefährder lag im mittleren zweistelligen Bereich. Etwa zwei Drittel dieser Personen besaßen bzw. besitzen auch eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

PMK – sonstige Zuordnung-:

Es wurden keine Personen als Gefährder in diesem Phänomenbereich geführt.

PMK –ausländische Ideologie-:

Es wurden keine Personen als Gefährder in diesem Phänomenbereich geführt.

9. Wie hoch waren im Kalenderjahr 2025 die Gesamtkosten für Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam?
Bitte aufschlüsseln nach Personal- und Sachkosten sowie Kosten pro Haftplatz (mit und ohne Personal).

Zu 9.:

Die jährlichen Kosten sind von der Belegung und dem damit verbundenen Personaleinsatz abhängig. Miet- und Bewirtschaftungskosten wurden gemäß der im Jahr 2018 geschlossenen Überlassungsvereinbarung bis zum Ablauf des Kalenderjahres 2025 von der Justiz getragen. Die von der Polizei Berlin zu tragenden jährlichen Kosten für die AHEG BE werden im Haushalt der Polizei Berlin nicht gesondert ausgewiesen.

Zur Ermittlung der Bedarfe werden die folgenden errechneten Durchschnittssätze angewendet, die sich bei höherer Insassenanzahl entsprechend erhöhen.

	Personalkosten	Sachkosten	Kosten pro Haftplatz mit Personal	Kosten pro Haftplatz ohne Personal
1-3 Insassen	6.617.425 €	153.140 €	6.138 €	140 €

Quelle: interne Datenerhebung Direktion Zentraler Service Finanzen 2, Stand: 9. September 2022

10. Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand der Baumaßnahmen für die Liegenschaft Kirchhainer Damm 64-66

Zu 10.:

Die Baumaßnahme wurde abgeschlossen und der Betrieb der AHEG BE am 24. November 2025 wieder aufgenommen.

11. Bestehen beim Senat Pläne zur Erweiterung der Abschiebehaftkapazitäten? Wenn ja, wie sehen diese aus?

Zu 11.:

Aktuell hat der Senat keine Pläne zur Erweiterung der Abschiebehaftkapazitäten.

Berlin, den 13. März 2026

In Vertretung

Christian Hochgrebe

Senatsverwaltung für Inneres und Sport